

Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge

Abgeschlossen in New York am 31. Januar 1967
Von der Bundesversammlung genehmigt am 4. März 1968¹
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 20. Mai 1968
In Kraft getreten für die Schweiz am 20. Mai 1968
(Stand am 28. Februar 2022)

Die Vertragsparteien dieses Protokolls

in der Erwägung, dass das am 28. Juli 1951² in Genf unterzeichnete Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (in der Folge Abkommen genannt) nur auf Personen anwendbar ist, die auf Grund von Ereignissen Flüchtlinge geworden sind, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind,

in der Erwägung, dass seit der Annahme des Abkommens neue Kategorien von Flüchtlingen entstanden sind, die deshalb vom Genuss der Vorteile des Abkommens ausgeschlossen werden könnten,

in der Erwägung, dass es wünschbar ist, allen Flüchtlingen, die der im Abkommen enthaltenen Umschreibung entsprechen, ohne Rücksicht auf den Stichtag des 1. Januar 1951 die gleiche Rechtsstellung zu gewähren,

haben folgendes vereinbart:

Art. I Allgemeine Bestimmung

1. Die Vertragsparteien dieses Protokolls verpflichten sich, die Artikel 2 bis 34 des Abkommens auf alle Flüchtlinge anzuwenden, wie sie nachfolgend umschrieben werden.
2. Für dieses Protokoll umfasst der Begriff «Flüchtling» unter Vorbehalt von Ziffer 3 dieses Artikels jede Person, die der in Artikel 1 des Abkommens enthaltenen Umschreibung entspricht, wie wenn die Worte «die sich auf Grund von Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind und ...» und die Worte «infolge solcher Ereignisse» in Ziffer 2, Abschnitt A des Artikels 1 nicht enthalten wären.
3. Dieses Protokoll wird von den Vertragsparteien ohne jegliche geographische Begrenzung angewendet werden; jedoch sind die von Staaten, die dem Abkommen bereits angehören, auf Grund von Artikel 1, Abschnitt B, Ziffer 1, Buchstabe *a* des Abkommens früher abgegebenen Erklärungen auch auf dieses Protokoll anwendbar, es sei denn, die Verpflichtungen dieser Staaten wären gemäss Artikel 1, Abschnitt B, Ziffer 2 des Abkommens erweitert worden.

AS 1968 1189; BBI 1967 II 873

¹ AS 1968 1188

² SR 0.142.30

Art. II Zusammenarbeit der staatlichen Behörden mit den Vereinten Nationen

1. Die Vertragsparteien dieses Protokolls verpflichten sich, mit dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge oder mit jeder anderen Institution, die ihm nachfolgen könnte, bei der Ausübung ihrer Befugnisse zusammenzuarbeiten und im Besonderen ihre Aufgabe zu erleichtern, die Anwendung der Bestimmungen dieses Protokolls zu überwachen.

2. Um dem Hochkommissariat oder jeder andern, ihm allenfalls nachfolgenden Institution der Vereinten Nationen die Berichterstattung an die zuständigen Organe der Vereinten Nationen zu ermöglichen, verpflichten sich die Vertragsparteien dieses Protokolls, ihnen in geeigneter Form die gewünschten Informationen und statistischen Angaben zu machen über:

- a. die Rechtsstellung der Flüchtlinge;
- b. die Durchführung dieses Protokolls;
- c. die Gesetze, Verordnungen und Dekrete, die in Kraft sind oder erlassen werden und die die Flüchtlinge betreffen.

Art. III Auskünfte über die innerstaatliche Gesetzgebung

Die Vertragsparteien dieses Protokolls werden dem Generalsekretär der Vereinten Nationen den Text der Gesetze und Verordnungen mitteilen, die sie zur Anwendung dieses Protokolls erlassen.

Art. IV Beilegung von Streitigkeiten

Streitigkeiten zwischen den Parteien dieses Protokolls über seine Auslegung oder Anwendung sind auf Begehren einer der beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten, sofern sie nicht auf andere Weise beigelegt werden können.

Art. V Beitritt

Der Beitritt zu diesem Protokoll steht allen Staaten offen, die dem Abkommen angehören, und jedem andern Staat, der Mitglied der Vereinten Nationen oder einer ihrer Spezialorganisationen ist, sowie jedem Staat, der von der Generalversammlung dazu eingeladen wird. Der Beitritt erfolgt durch die Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Art. VI Bundesstaatsklausel

Bei Bundesstaaten oder solchen Staaten, die nicht Einheitsstaaten sind, finden nachstehende Bestimmungen Anwendung:

- a. Mit Bezug auf die Artikel des Abkommens, die gemäss Artikel I, Ziffer 1 dieses Protokolls anzuwenden sind und deren Durchführung in die Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe des Bundes fällt, sind die Verpflichtungen

der Bundesregierung die gleichen wie die von Staaten, die nicht Bundesstaaten sind;

- b. Die Artikel des Abkommens, die gemäss Artikel I, Ziffer 1 dieses Protokolls anzuwenden sind und deren Durchführung in die Zuständigkeit der Gesetzgebung jedes der Gliedstaaten, Provinzen oder Kantone fällt, die nach der Bundesverfassung nicht verpflichtet sind, gesetzliche Massnahmen zu ergreifen, wird die Bundesregierung so bald als möglich und in empfehlemem Sinne den zuständigen Behörden der Gliedstaaten, Provinzen oder Kantone zur Kenntnis bringen;
- c. Ein Bundesstaat, der diesem Protokoll angehört, wird auf das ihm vom Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelte Begehren jeder andern Vertragspartei dieses Protokolls eine Darstellung über die im Bunde und seinen Gliedstaaten geltenden gesetzlichen Bestimmungen und der Praxis in Bezug auf irgendeine nach Artikel I, Ziffer 1 dieses Protokolls anwendbare Bestimmung des Abkommens geben; darin soll dargelegt werden, inwieweit diese Bestimmung durch einen gesetzgeberischen Akt oder eine andere Massnahme Wirksamkeit erhalten hat.

Art. VII Vorbehalte und Erklärungen

1. Im Zeitpunkt des Beitritts kann jeder Staat zu Artikel IV dieses Protokolls und auf Grund von Artikel I dieses Protokolls auch zur Anwendung aller Bestimmungen des Abkommens, mit Ausnahme der Artikel 1, 3, 4, 16 Ziffer 1 und 33, Vorbehalte machen, unter der Bedingung, dass diese bei Staaten, die dem Abkommen beigetreten sind, nicht auch Flüchtlinge erfassen, auf die das Abkommen Anwendung findet.
2. Die von einer Vertragspartei des Abkommens gemäss Artikel 42 des Abkommens gemachten Vorbehalte werden sich auch auf ihre aus diesem Protokoll sich ergebenden Verpflichtungen erstrecken, es sei denn, sie würden zurückgezogen.
3. Jeder Staat, der gestützt auf Ziffer 1 dieses Artikels einen Vorbehalt gemacht hat, kann ihn jederzeit durch schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zurückziehen.
4. Die von einer Vertragspartei dieses Protokolls, die dem Abkommen angehört, auf Grund von Artikel 40, Ziffer 1 und 2 des Abkommens gemachten Erklärungen sind auch auf dieses Protokoll anwendbar, es sei denn, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen werde im Zeitpunkt des Beitrittes eine gegenteilige schriftliche Erklärung abgegeben. Die Bestimmungen von Artikel 40, Ziffer 2 und 3 und Artikel 44, Ziffer 3 des Abkommens sind, *mutatis mutandis*, auch auf dieses Protokoll anwendbar.

Art. VIII Inkrafttreten

1. Dieses Protokoll tritt am Tage der Hinterlegung der sechsten Beitrittsurkunde in Kraft.
2. Für jeden Staat, der diesem Protokoll nach Hinterlegung der sechsten Beitrittsurkunde beitrifft, tritt das Protokoll am Tage in Kraft, an dem dieser Staat seine Beitrittsurkunde hinterlegt.

Art. IX Kündigung

1. Jede Vertragspartei dieses Protokolls kann dieses zu jeder Zeit durch schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen.
2. Die Kündigung wird für den betreffenden Staat ein Jahr nach dem Eingang der Mitteilung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Art. X Mitteilungen durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird allen den in Artikel V erwähnten Staaten das Datum des Inkrafttretens, Beitritte, Hinterlegungen und Rückzüge von Vorbehalten, Kündigungen sowie Erklärungen und Mitteilungen bekannt geben, die sich auf dieses Protokoll beziehen.

Art. XI Hinterlegung des Protokolls in den Archiven des Sekretariates der Vereinten Nationen

Ein vom Präsidenten der Generalversammlung und vom Generalsekretär der Vereinten Nationen unterzeichnetes Exemplar dieses Protokolls, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Text gleichermaßen verbindlich ist, wird in den Archiven des Sekretariates der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Generalsekretär wird allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sowie den übrigen in Artikel V genannten Staaten eine beglaubigte Abschrift übermitteln.

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 28. Februar 2022³

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Afghanistan	30. August 2005 B	30. August 2005
Ägypten	22. Mai 1981 B	22. Mai 1981
Albanien	18. August 1992 B	18. August 1992
Algerien	8. November 1967	8. November 1967
Angola*	23. Juni 1981 B	23. Juni 1981
Antigua und Barbuda	7. September 1995 B	7. September 1995
Äquatorialguinea	7. Februar 1986 B	7. Februar 1986
Argentinien	6. Dezember 1967	6. Dezember 1967
Armenien	6. Juli 1993 B	6. Juli 1993
Aserbaidschan	12. Februar 1993 B	12. Februar 1993
Äthiopien* **	10. November 1969	10. November 1969
Australien*	13. Dezember 1973	13. Dezember 1973
Bahamas	15. September 1993 B	15. September 1993
Belarus	23. August 2001 B	23. August 2001
Belgien**	8. April 1969	8. April 1969
Belize	27. Juni 1990 B	27. Juni 1990
Benin	6. Juli 1970	6. Juli 1970
Bolivien	9. Februar 1982 B	9. Februar 1982
Bosnien und Herzegowina	1. September 1993 N	6. März 1992
Botsuana*	6. Januar 1969	6. Januar 1969
Brasilien	7. April 1972	7. April 1972
Bulgarien	12. Mai 1993 B	12. Mai 1993
Burkina Faso	18. Juni 1980 B	18. Juni 1980
Burundi*	15. März 1971	15. März 1971
Chile	27. April 1972	27. April 1972
China*	24. September 1982 B	24. September 1982
Macau* a	3. Dezember 1999	20. Dezember 1999
Costa Rica	28. März 1978	28. März 1978
Côte d'Ivoire	16. Februar 1970	16. Februar 1970
Dänemark	29. Januar 1968	29. Januar 1968
Deutschland**	5. November 1969	5. November 1969
Dominica	17. Februar 1994 B	17. Februar 1994
Dominikanische Republik	4. Januar 1978	4. Januar 1978
Dschibuti	9. August 1977 N	27. Juni 1977
Ecuador	6. März 1969	6. März 1969
El Salvador*	28. April 1983	28. April 1983

³ AS 1968 1189; 1976 2850; 1980 376; 1982 437, 2069; 1983 1173; 1984 332; 1985 74; 1986 173; 1987 276; 1988 1556; 1989 2435; 1991 895; 1993 2337; 2002 4078; 2006 1763; 2009 2493; 2012 5509; 2022 147.

Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereichs ist auf der Publikationsplattform des Bundesrechts «Fedlex» unter folgender Adresse veröffentlicht:
www.fedlex.admin.ch/de/treaty.

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Estland	10. April 1997 B	10. April 1997
Eswatini*	28. Januar 1969	28. Januar 1969
Fidschi	12. Juni 1972 N	10. Oktober 1970
Finnland*	10. Oktober 1968	10. Oktober 1968
Frankreich**	3. Februar 1971	3. Februar 1971
Gabun	28. August 1973	28. August 1973
Gambia	29. September 1967	4. Oktober 1967
Georgien	9. August 1999 B	9. August 1999
Ghana*	30. Oktober 1968	30. Oktober 1968
Griechenland	7. August 1968	7. August 1968
Guatemala	22. September 1983 B	22. September 1983
Guinea	16. Mai 1968	16. Mai 1968
Guinea-Bissau	11. Februar 1976	11. Februar 1976
Haiti	25. September 1984 B	25. September 1984
Heiliger Stuhl	8. Juni 1967	4. Oktober 1967
Honduras*	23. März 1992 B	23. März 1992
Iran	28. Juli 1976	28. Juli 1976
Irland	6. November 1968	6. November 1968
Island	26. April 1968	26. April 1968
Israel*	14. Juni 1968	14. Juni 1968
Italien**	26. Januar 1972	26. Januar 1972
Jamaika*	30. Oktober 1980	30. Oktober 1980
Japan	1. Januar 1982 B	1. Januar 1982
Jemen	18. Januar 1980	18. Januar 1980
Kambodscha	15. Oktober 1992 B	15. Oktober 1992
Kamerun	19. September 1967	4. Oktober 1967
Kanada	4. Juni 1969	4. Juni 1969
Kap Verde*	9. Juli 1987 B	9. Juli 1987
Kasachstan	15. Januar 1999 B	15. Januar 1999
Kenia	13. November 1981 B	13. November 1981
Kirgisistan	8. Oktober 1996 B	8. Oktober 1996
Kolumbien	4. März 1980 B	4. März 1980
Kongo (Brazzaville)*	10. Juli 1970	10. Juli 1970
Kongo (Kinshasa)	13. Januar 1975	13. Januar 1975
Korea (Süd-)	3. Dezember 1992 B	3. Dezember 1992
Kroatien	12. Oktober 1992 N	8. Oktober 1991
Lesotho	14. Mai 1981 B	14. Mai 1981
Lettland*	31. Juli 1997 B	31. Juli 1997
Liberia	27. Februar 1980	27. Februar 1980
Liechtenstein	20. Mai 1968	20. Mai 1968
Litauen	28. April 1997 B	28. April 1997
Luxemburg * **	22. April 1971	22. April 1971
Malawi*	10. Dezember 1987 B	10. Dezember 1987
Mali	2. Februar 1973	2. Februar 1973

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Malta*	15. September 1971	15. September 1971
Marokko	20. April 1971	20. April 1971
Mauretanien	5. Mai 1987 B	5. Mai 1987
Mexiko	7. Juni 2000 B	7. Juni 2000
Moldau	31. Januar 2002 B	31. Januar 2002
Monaco	16. Juni 2010 B	16. Juni 2010
Montenegro	10. Oktober 2006 N	3. Juni 2006
Mosambik	1. Mai 1989 B	1. Mai 1989
Nauru	28. Juni 2011 B	28. Juni 2011
Neuseeland	6. August 1973	6. August 1973
Nicaragua	28. März 1980	28. März 1980
Niederlande* **	29. November 1968	29. November 1968
Aruba ^b	29. November 1968	29. November 1968
Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba)	22. Juni 2011	22. Juni 2011
Niger	2. Februar 1970	2. Februar 1970
Nigeria	2. Mai 1968	2. Mai 1968
Nordmazedonien	18. Januar 1994 N	17. November 1991
Norwegen	28. November 1967	28. November 1967
Österreich	5. September 1973	5. September 1973
Panama	2. August 1978	2. August 1978
Papua-Neuguinea	17. Juli 1986 B	17. Juli 1986
Paraguay	1. April 1970	1. April 1970
Peru*	15. September 1983 B	15. September 1983
Philippinen	22. Juli 1981 B	22. Juli 1981
Polen	27. September 1991 B	27. September 1991
Portugal*	13. Juli 1976	13. Juli 1976
Ruanda*	3. Januar 1980	3. Januar 1980
Rumänien	7. August 1991 B	7. August 1991
Russland	2. Februar 1993 B	2. Februar 1993
St. Vincent und die Grenadinen*	3. November 2003 B	3. November 2003
Salomoninseln	12. April 1995 B	12. April 1995
Sambia	24. September 1969	24. September 1969
Samoa	29. November 1994 B	29. November 1994
São Tomé und Príncipe	1. Februar 1978	1. Februar 1978
Schweden	4. Oktober 1967	4. Oktober 1967
Schweiz	20. Mai 1968	20. Mai 1968
Senegal	3. Oktober 1967	4. Oktober 1967
Serbien	12. März 2001 N	27. April 1992
Seychellen	23. April 1980	23. April 1980
Sierra Leone	22. Mai 1981 B	22. Mai 1981
Simbabwe	25. August 1981	25. August 1981
Slowakei	4. Februar 1993 N	1. Januar 1993
Slowenien	6. Juli 1992 N	25. Juni 1991

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Somalia*	10. Oktober	1978 B	10. Oktober	1978
Spanien	14. August	1978	14. August	1978
Südafrika	12. Januar	1996 B	12. Januar	1996
Sudan	23. Mai	1974	23. Mai	1974
Südsudan	10. Dezember	2018 B	10. Dezember	2018
Suriname	29. November	1978 N	25. November	1975
Tadschikistan	7. Dezember	1993 B	7. Dezember	1993
Tansania*	4. September	1968	4. September	1968
Timor-Leste*	7. Mai	2003 B	7. Mai	2003
Togo	1. Dezember	1969	1. Dezember	1969
Trinidad und Tobago	10. November	2000 B	10. November	2000
Tschad	19. August	1981 B	19. August	1981
Tschechische Republik	11. Mai	1993 N	1. Januar	1993
Tunesien	16. Oktober	1968	16. Oktober	1968
Türkei*	31. Juli	1968	31. Juli	1968
Turkmenistan	2. März	1998 B	2. März	1998
Tuvalu	7. März	1986 N	1. Oktober	1978
Uganda*	27. September	1976	27. September	1976
Ukraine	4. April	2002 B	4. April	2002
Ungarn	14. März	1989 B	14. März	1989
Uruguay	22. September	1970	22. September	1970
Venezuela*	19. September	1986 B	19. September	1986
Vereinigte Staaten*	1. November	1968	1. November	1968
Vereinigtes Königreich*	4. September	1968	4. September	1968
Jersey	20. Februar	1996	20. Mai	1996
Zentralafrikanische Republik	30. August	1967	4. Oktober	1967
Zypern	9. Juli	1968	9. Juli	1968

* Vorbehalte und Erklärungen.

** Einwendungen.

Die Vorbehalte, Erklärungen und Einwendungen sowie die Vorbehalte und Erklärungen, die anlässlich der Erweiterung der territorialen Geltung des Protokolls gemacht wurden, werden in der AS nicht veröffentlicht. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der Vereinten Nationen: <http://treaties.un.org/> eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.

^a Auf Grund einer Erklärung der Volksrepublik China vom 13. April 1987 ist das Prot. seit dem 20. Dez. 1999 auf die Besondere Verwaltungsregion (SAR) Macau anwendbar.

^b Am 1. Jan. 1986 erhielt die Insel Aruba, die ein Teil der Niederländischen Antillen war, die innere Autonomie innerhalb des Königreichs der Niederlande. Diese Änd. betrifft nur die internen verfassungsrechtlichen Beziehungen innerhalb des Königreichs der Niederlande